

Der Europarat

Der Europarat wurde 1949 von verschiedenen west-europäischen Staaten gegründet. Organisationen wie die «Union Européenne des Fédéralistes» sahen im Europarat das Parlament eines vereinigten, friedlichen Europas. Der Europarat hat aber bis heute keine direkte politische Macht. Er engagiert sich für eine Reihe von gesellschaftlichen Anliegen in seinen Mitgliedsländern und auch ausserhalb. Besonders wichtig ist ihm die Einhaltung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; dies ist eine zentrale Bedingung für Länder, die ihm beitreten wollen. Der Europarat war von Anfang an so organisiert, dass Vertreter der verschiedenen nationalen Parlamente Einsitz nehmen. So ist der Europarat eigentlich eine beratende Versammlung aller Mitgliedstaaten.

Die Schweiz trat dem Europarat nach reiflicher Überlegung 1963 bei. Ausschlaggebend für diesen Schritt war, dass im Europarat Vertreter des schweizerischen Parlaments Einsitz nehmen konnten und sich der Europarat vor allem mit übergeordneten Fragen wie Menschenrechte, Demokratie, Erziehung und Kultur beschäftigt.

Der Europarat ist eine eigene, von der EU unabhängige Institution.

Der Beginn des europäischen Zusammenschlusses: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren grosse Teile Europas zerstört. Die Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion führten zudem zur Teilung Europas in ein kommunistisches Osteuropa unter Vorherrschaft der UdSSR und ein demokratisches Westeuropa. Daher waren nicht nur die kriegsversehrten Staaten, sondern auch die Vereinigten Staaten von Amerika an einem raschen Wiederaufbau Westeuropas interessiert. Mit dem Marshall-Plan leisteten die USA denn auch grosse finanzielle Hilfe; so konnten sie auch die Politik der Empfängerländer beeinflussen. Besonders wichtig war den USA, dass aus Deutschland wieder ein selbständiges und wirtschaftlich starkes Land wurde. Dagegen lehnte sich Frankreich auf: Zu gross war die Angst, Deutschland könnte wieder zu einer militärischen Bedrohung für Frankreich werden. Das lag vor allem daran, dass Deutschland grosse Kohlereserven hatte. Kohle war zusammen mit Stahl im Zweiten Weltkrieg sehr wichtig gewesen: Stahl war das wichtigste Rohmaterial zur Produktion von Waffen, Kohle der Energierohstoff für die Kriegführung. Ausserdem benötigte die französi-

sche Stahlindustrie Kohlelieferungen aus dem deutschen Ruhrgebiet. Es wurde somit beschlossen, diesen Teil der deutschen Wirtschaft einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen. Die Lösung war die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande im Jahre 1951 in Paris. Die EGKS, auch Montanunion genannt, regelte, förderte und kontrollierte fortan die Kohle- und Stahlproduktion dieser sechs Länder. Das sollte die Wirtschaft ankurbeln und Deutschland helfen, wirtschaftlich wieder stark zu werden.

Mit der EGKS war die Vorläuferorganisation der heutigen Europäischen Union entstanden. Die Regierungen der sechs EGKS-Länder gaben erstmals gewisse Zuständigkeiten (im Bereich der Kohle- und Stahlpolitik) an überstaatliche Behörden ab.

Die Römer Verträge

a) Der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): Die Modernisierung Europas als Ziel

1957 unterzeichneten die Mitglieder der EGKS in Rom den Vertrag zur «Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft» (EWG). Mit der EWG sollte die in der EGKS erprobte Zusammenarbeit auf alle Wirtschaftsbereiche ausgedehnt werden. Die Grundidee war die gleiche: Über den Weg der wirtschaftlichen Verflechtung sollte ein Krieg zwischen den Mitgliedstaaten vermieden werden. Besonders wichtige Ziele waren der Abbau der Zölle, die Förderung des Handels von Waren und Dienstleistungen zwischen den sechs Ländern und eine gemeinsame Agrarpolitik. Das sollte zu einem gemeinsamen Markt führen: Die Landesgrenzen sollten keine Hindernisse mehr für Handel und Verkehr zwischen den Ländern bilden. Mit dieser wirtschaftlichen Integration hoffte man, die europäische Wirtschaft zu stärken und für den weltweiten Wettbewerb konkurrenzfähig zu machen.

Die EWG hatte die gleichen überstaatlichen Organe – Kommission, Ministerrat, parlamentarische Versammlung, Gerichtshof – wie die EGKS. Doch diese erhielten zusätzliche Aufgaben: Die

Die Präambel des Römer Vertrages

In dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen,

entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen,

in dem Vorsatz, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben,

in der Erkenntnis, dass zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse ein einverständliches Vorgehen erforderlich ist, um eine beständige Wirtschaftsausweitung, einen ausgewogenen Handelsverkehr und einen redlichen Wettbewerb zu gewährleisten,

in dem Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern,

in dem Wunsch, durch eine gemeinsame Handelspolitik zur fortschreitenden Beseitigung der Beschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr beizutragen,

in der Absicht, die Verbundenheit Europas mit den überseeischen Ländern zu bekräftigen, und in dem Wunsch, entsprechend den Grundsätzen der Satzungen der Vereinten Nationen den Wohlstand der überseeischen Länder zu fördern,

entschlossen, durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschliessen,

entschlossen, durch umfassenden Zugang zur Bildung und durch ständige Weiterbildung auf einen möglichst hohen Wissensstand ihrer Völker hinzuwirken,

haben beschlossen, eine Europäische Gemeinschaft zu gründen (...).

Präambel des EWG-Vertrages von Rom 1957 in der heute gültigen Formulierung.



Unterzeichnung der Römer Verträge am 25. März 1957 im Konversatoren-Palast auf dem Kapitol in Rom. An diesem Tag setzten die Ministerpräsidenten und Aussenminister von sechs europäischen Ländern ihre Unterschriften unter die Vertragswerke über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Euratom.

Kommission sollte neue Rechtserlasse ausarbeiten, die parlamentarische Versammlung diese beraten, der Ministerrat sollte die Erlasse beschliessen, während der Gerichtshof über die Einhaltung der Verträge der EWG wachte.

Die Schweiz verfolgte die Entwicklung im überstaatlichen Rahmen der EWG mit Skepsis, denn sie wollte ihre Aussenhandelspolitik weiterhin eigenständig führen. Deshalb war sie – gemeinsam mit Grossbritannien – eher für eine gesamteuropäische Freihandelszone.

b) Die Gründung von EURATOM:

Atomkraft als neue wichtige Energiequelle

Eine neue Technologie wurde in den 1950er-Jahren immer wichtiger: die Atomkraft. Die europäischen Länder erhofften sich davon eine unbeschränkte und unabhängige Versorgung mit billiger Energie für ihre Wirtschaft und wollten auch in der Waffentechnologie unabhängiger werden. Besonders Frankreich war an einer eigenen Atombewaffnung interessiert. Aus diesen Gründen unterzeichneten die sechs Gründerstaaten 1957 gleichzeitig zum EWG-Vertrag auch den Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM), um Aufbau, Nutzung und Kontrolle einer europäischen Atomindustrie gemeinsam zu fördern.

1970–2007: Die Europäische Gemeinschaft wächst

Nach dem Zusammenschluss der Organe (Kommission, Rat und Parlament) von EGKS, EURATOM und EWG zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) traten 1973 Dänemark, Grossbritannien und Irland bei. 1981 und 1986 erfolgte die Süderweiterung mit Griechenland sowie Portugal und Spanien. Zur Fünfzernergemeinschaft wurde die EG 1995 durch den Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden. Am 1. Mai 2004 kamen zehn neue Staaten dazu: Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien, die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland sowie Malta und Zypern. Historisch gesehen, ist diese Erweiterungsrunde nach Osten wohl die bedeutendste: Mit ihr wird die Spaltung Europas durch den Kalten Krieg endgültig überwunden. Bulgarien und Rumänien sind der EU am 1. Januar 2007 beigetreten.

FRAGEN & AUFTRÄGE

1. Welches waren die Hauptmotive, die hinter der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) standen? Lesen Sie dazu die Präambel des Vertrages.

2. Ein zentrales Anliegen des Europarates ist der Schutz der Menschenrechte. Mit welchen Instrumenten verfolgt er dieses Ziel?

**1985–1993:
Die Errichtung des Binnenmarktes**

Von 1957 bis zu den 1980er-Jahren arbeitete man zwar am gemeinsamen Markt, den die EWG vorgesehen hatte, doch die Länder waren nicht immer bereit, ihre Märkte gänzlich zu öffnen. Sie befürchteten, dass allzu starke Konkurrenz aus dem Ausland bestimmte Wirtschaftszweige gefährden könnte. Erst Anfang der 1980er-Jahre setzten sich die Befürworter eines völligen Abbaus der Handelsbarrieren durch. Namentlich viele europäische Grossunter-

nehmungen befürworteten diese Idee, weil sie von einem freieren und dadurch intensiveren Handel profitieren konnten. Der Europäische Rundtisch der Industriellen – eine Organisation, die Führungskräfte grosser internationaler Konzerne umfasst – und die Europäische Kommission entwarfen zwischen 1980 und 1985 gemeinsam das Projekt zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes. Formell wurde dies 1986 von den Mitgliedländern beschlossen. Das Ziel der EU ist, Behinderungen im Waren-, Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zu beseitigen. Es hat 35 Jahre gebraucht, um den gemeinsamen Markt bis 1993 zu vollenden. Noch heute werden zahlreiche Gesetze erlassen, um sein Funktionieren zu verbessern.

Von der Gemeinschaft zur Union

Mit der Öffnungspolitik der Sowjetunion unter dem damaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) Michail Gorbatschow und dem zunehmenden Dialog zwischen den vorher verfeindeten Supermächten UdSSR und USA endete der Kalte Krieg in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre. Anfang 90er-Jahre löste sich die Sowjetunion auf und ehemalige Republiken wurden zu selbständigen Staaten, wie beispielsweise Estland, Lettland und Litauen. Die als «Eiserner Vorhang» benannte Grenze zwischen West- und Osteuropa wurde geöffnet und die Staaten Osteuropas demokratisierten sich und begannen, sich politisch und wirtschaftlich am Westen zu orientieren. Mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 wurde eine Wende eingeleitet, die in Deutschland zu einer völlig neuen politischen Situation führte: Die Bundesrepublik Deutschland und die ehemals sozialistische Deutsche Demokratische Republik (DDR) vereinigten sich am 3. Oktober 1990.

Das Ende des Ost-West-Gegensatzes führte zu einem Schub in der europäischen Integration. Bereits im April 1990 fand eine Sondersitzung des Europäischen Rates statt, an der die Staats- und Regierungschefs der EG die deutsche Einheit willkommen hiessen und den osteuropäischen Ländern Unterstützung beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft versprochen. 1992 wurde dann in Maastricht (Niederlande) die Europäische Union (EU) gegründet: Die bisherige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sollte durch eine Einheitswährung gestärkt und zu einer politischen Union erweitert werden.

FRAGEN & AUFTRÄGE

3. Machen Sie alleine oder zu zweit eine Recherche im Internet und beantworten Sie folgende Frage schriftlich: Welches ist die wichtigste Neuerung für die Europäische Gemeinschaft, welche die Staats- und Regierungschefs 1992 in Maastricht beschlossen haben?
4. In den Jahren zwischen 1960 und 1985 entwickelte sich die Europäische Gemeinschaft relativ gemächlich. Nachher folgte eine tur-

bulente Phase mit vielen Neuerungen, die bis heute andauert.

- a) Was waren die Gründe für die langsame Entwicklung 1960–1985?
- b) Was beschleunigte ab Mitte der 80er-Jahre die Entwicklung?

GLOSSAR

EMRK = Europäische Menschenrechtskonvention, ein verbindlicher Text zum Schutze der Menschenrechte für alle Mitgliedstaaten des Europarates.

Europäischer Binnenmarkt = freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital innerhalb der EU; in Kraft seit dem 1. Januar 1993.

Föderation = Bundesstaat. Eigenständige Staaten schliessen sich zu einem übergeordneten Gebilde zusammen.

Marshall-Plan = Investitionsprojekt, mit dem die Regierung der USA den Wiederaufbau der teilweise oder ganz zerstörten europäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg erleichtern wollte. Der korrekte Name für dieses Projekt ist «European Recovery Program»; benannt wurde der Plan aber nach dem damaligen USA-Aussenminister George Marshall.

Handelsbarrieren = Hindernisse für den Warenhandel zwischen Staaten (Zölle oder Mengenbegrenzungen wie zum Beispiel Kontingente) mit dem Ziel, die inländischen Produkte vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen.

Kapitel 1
Geschichte und Entwicklung der EU

Worum geht es?

Nach dem Durcharbeiten dieses Kapitels wissen Sie:

- wie die ersten Ideen zu einer europäischen Einigung entstanden sind;
- welche Motive zum Zusammenschluss westeuropäischer Länder nach dem Zweiten Weltkrieg führten;
- welches die wichtigsten Etappen der Europäischen Integration bis heute sind.

**Die Vorgeschichte:
Grenzen überschreiten in Europa**

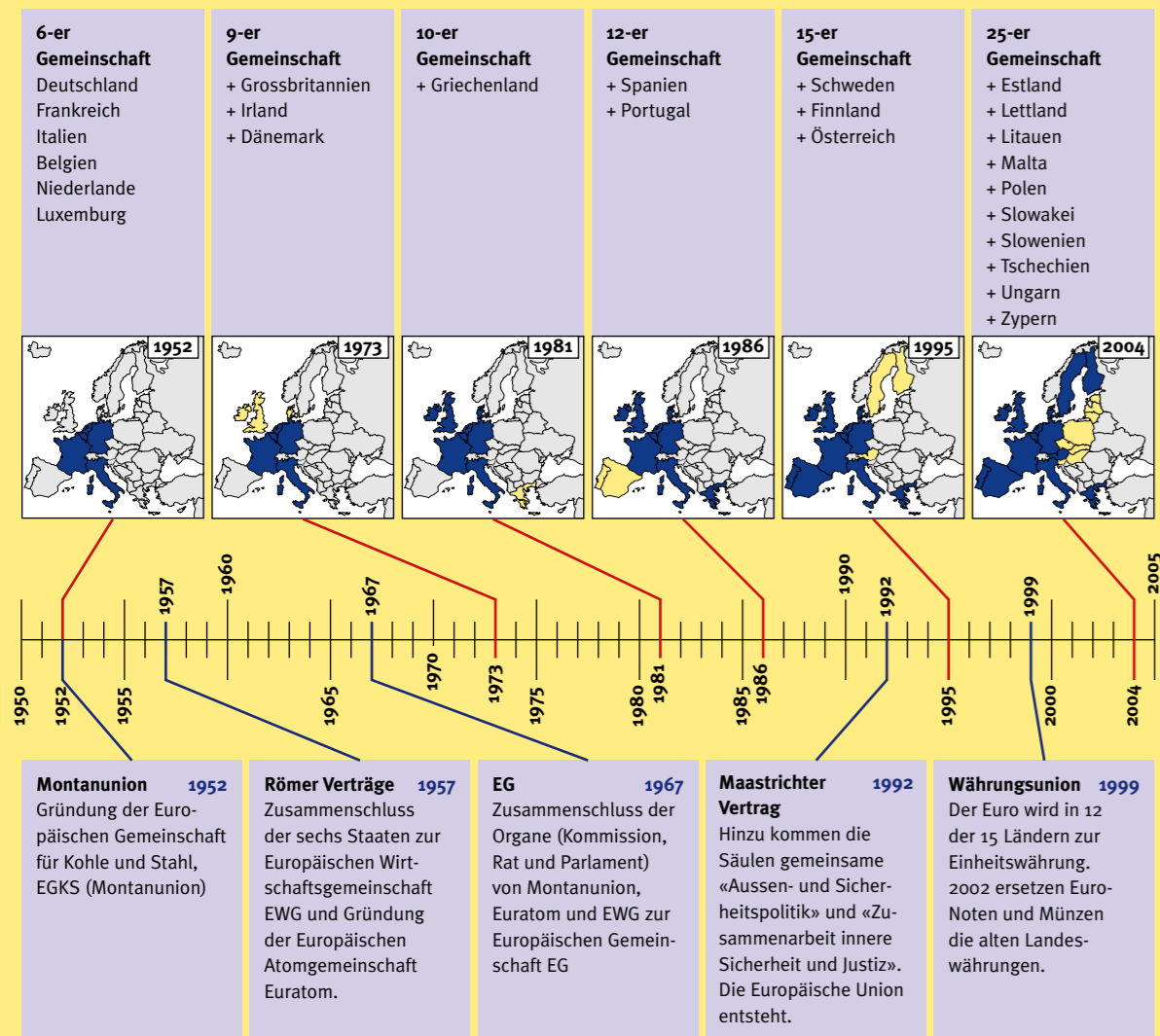
Lange bevor die Europäische Union (EU) gegründet wurde, hatten zahlreiche Politiker, Philosophen oder Unternehmer Ideen für einen engeren Zusam-

menschluss der Staaten in Europa. Eines der wichtigsten Motive war das Bestreben, Kriege in Zukunft zu verhindern. Ein Beispiel ist der französische Aussenminister Aristide Briand, der in den 1920er-Jahren eine europäische Föderation (Zusammenschluss) schaffen wollte. Auch der böhmische Graf Richard von Coudenhove-Kalergi wollte 1922 mit seiner Idee für ein geeintes «Pan-Europa» (pan = ganz) die Machtansprüche grosser Mächte wie Frankreich oder Deutschland bändigen.

Doch der Zweite Weltkrieg brachte erneut Zerstörung, Tod und Elend über Europa. Dadurch wuchs das Bedürfnis nach Frieden in ganz Europa.

Die verschiedenen europäischen Bewegungen (Union Européenne des Fédéralistes, United Europe Movement, Ligue Européenne de Coopération économique usw.) trafen sich dann im Jahre 1948 in Den Haag (Niederlande), um die Europäische Bewegung zu gründen. Diese Gründung wurde von den USA stark unterstützt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hoffte damit, ein Gegengewicht zur kommunistischen Sowjetunion und den von der UdSSR dominierten Osteuropäischen Staaten zu bilden. Die USA befürchteten nämlich, dass auch die westeuropäischen Länder in den Machtbereich der Sowjetunion fallen könnten.

Zeitstrahl der wichtigsten Ereignisse



«Jugend ruft Europa» – Busse mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Europa-Kundgebung fahren an der französisch-deutschen Grenze Anfang der 1950er Jahre vorbei.